

## Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(10. Sitzung am 13. Juni 2018)

### Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die Feiertage (NFeiertagsG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/39](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 15) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die Feiertage**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/827](#)

dazu Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/898](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP, gegen die Stimmen des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen und in Abwesenheit des Ausschussmitgliedes der Fraktion der AfD schloss er sich der Empfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Änderungsantrag in der [Drs. 18/898](#) abzulehnen.

Der Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf in [Drs. 18/827](#) mit Änderungen (Vorlage 40) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD (fünf Ausschussmitglieder), CDU (fünf Ausschussmitglieder), AfD

*Ablehnung:* SPD (ein Ausschussmitglied), CDU (ein Ausschussmitglied), GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/308](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 22) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* FDP

*Enthaltung:* GRÜNE

*Abwesend:* AfD

4. **Entwurf eines Gesetzes über das „Sondervermögen zur Finanzierung des Ausbaus von Gigabitnetzen und der Beschleunigung von Digitalisierungsmaßnahmen“ und zur Änderung des Gesetzes über das „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/772](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes mit Änderungen (Vorlage 3) zu empfehlen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

5. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/656](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 28) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP, AfD

*Enthaltung:* -

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/169](#)

Der Ausschuss stellte die Mitberatung zurück, um die Beschlussempfehlung des - federführenden - Kultusausschusses abzuwarten.

6. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte parlamentarischer Minderheiten in Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/646](#)

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Art. 54 Nr. 3 der Niedersächsischen Verfassung**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/465](#)

Der Ausschuss nahm die eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und vertagte die Gesetzesberatung einvernehmlich.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/533](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 3) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE

8. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/852](#)

Der Ausschuss stellte die Gesetzesberatung zurück, um das Ergebnis der vorbereitenden Beratungen im Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ abzuwarten.

b) **Qualität steigern, Sicherheit erhöhen - Anzahl der Ausführungen Sicherungsverwahrter überprüfen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/649](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in der Fassung eines Änderungsvorschlages der Fraktionen der SPD und der CDU anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE, FDP, AfD

9. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen den früheren Büroleiter des hannoverschen Oberbürgermeisters sowie gegen den Kulturdezernenten der Landeshauptstadt Hannover**

Der Ausschuss nahm den Unterrichts Antrag einstimmig an und nahm in **vertraulicher Sitzung** die Unterrichtung entgegen. Der Antragsteller bat die Landesregierung, ihn auch über den aktuellen Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover zu unterrichten. Der Ausschuss stimmte diesem Erweiterungsantrag einstimmig zu und nahm auch diese Unterrichtung in **vertraulicher Sitzung** entgegen.

10. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)

b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der Grünen, der FDP und der AfD beschloss er, die Antragsberatung erst in einer der nächsten Sitzungen fortzusetzen.

## **11. Vorbereitung einer Informationsreise nach Den Haag**

Der Ausschuss besprach den Programmentwurf der Landtagsverwaltung.